

# Atomtour durch Deutschland

Mit einer einzigartigen Kampagne macht ein Aktionsbündnis das Problem Endlagerung zum Thema. Ende August beginnt die Castor-Tournee durch zwölf große Städte, unterstützt von Medienpartner natur+kosmos.



Es geht um Geld, um viel Geld. Genauer gesagt um Gewinne zwischen 38 und 233 Milliarden Euro. So viel werden die Energiekonzerne EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall an zusätzlichen Erlösen erzielen, wenn die nächste Bundesregierung den Atomausstieg rückgängig machen und die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern sollte. Das jedenfalls hat eine Studie der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ergeben, wie Studienleiter Bernhard Jeggle von der LBBW auf Nachfrage bestätigt.

Die Analysten der Landesbank sind von verschiedenen Varianten ausgegangen und haben zunächst den für die Atomindustrie besten Fall durchdekliniert: Werden die Laufzeiten der Atommeiler um 25 Jahre verlängert, und erhalten die Betreiber 80 Euro für 1000 Kilowattstunden Strom, dann bleiben

unter dem Strich 233 Milliarden Euro als Reingewinn.

Die Rechnung erscheint durchaus plausibel: Selbst derzeit, da aufgrund der Weltwirtschaftskrise die Energiepreise im Keller sind, Erlösen die Konzerne rund 50 Euro für 1000 Kilowattstunden Strom. Die Preissteigerung ist demnach moderat kalkuliert. Und die Kosten der Konzerne liegen bei nur 22 Euro. Selbst solch lange Laufzeiten sind mit Blick auf andere Länder nicht unrealistisch. In den USA verlängerten die Behörden vor wenigen Monaten die Betriebserlaubnis für das AKW Oyster Creek im Bundesstaat New Jersey um 20 Jahre. Oyster Creek ging 1969 ans Netz und darf bis 2029 weiter Strom liefern.

Sollten Deutschlands Politiker nicht ganz so großzügig sein und die Laufzeiten nur um zehn Jahre verlängern, und sollten auch die Preise auf dem derzeit niedrigen Niveau

verharren, bleibt den Konzernen immer noch ein Gewinn von 38 Milliarden Euro. So die LBBW.

„Es kann aber nicht sein, dass die großen Energieversorger mit ihren Atomkraftwerken bis heute jeden Tag Millionenbeträge verdienen – und im Gegenzug der Steuerzahler für die Milliardenkosten aufkommt, die durch die Endlagerung entstehen“, kritisiert Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Doch genau das ist der Fall. Und genau auf diesen Widerspruch will die Organisation Campact mit ihrer neuesten Kampagne hinweisen. Quer durch Deutschland reisen die Atomkraft-Kritiker mit einem nachgebauten Castor. „Wir wollen mit unserer Endlager-Tour die Achillesferse der Atomkraft offenlegen“, betont Campact-Geschäftsführer Felix Kolb. Denn bis heute weiß niemand, wohin mit der eine Million Jahre strahlenden Altlast.

Ein Endlager für hochradioaktiven Müll auf dem Münchner Viktualienmarkt, gelbe Atommüllfässer am Frankfurter Römer, ein atomares Aufräumkommando vor dem Brandenburger Tor: „Bei dem Gedanken, hoch radioaktiven Müll vor der eigenen Haustür zu lagern, kommt selbst Atomkraftbefürwortern das blanke Entsetzen“, weiß Kerstin Schnatz aus Erfahrung, die bei Campact die Endlager-Kampagne leitet. „Wir zeigen, was die Leute gerne verdrängen, und weisen mit überdimensionalen schwarz-gelben Warnschildern, Sirenengeheul und

Illustration: Campact (2)

grellem Licht darauf hin, dass Atomkraft riskant ist und die Zukunft bei den erneuerbaren Energien liegt.“

Die aktuellen Ereignisse unterstreichen das Anliegen der Atomkraftgegner. Krümmel-Betreiber Vattenfall sorgte in den vergangenen Wochen mit einer Negativ-Meldung nach der anderen für ein denkbar schlechtes Image der gesamten Atombranche. Und das Endlager im niedersächsischen Asse kommt nicht aus den Schlagzeilen heraus. Rund 47000 Kubikmeter mit schwach- und mittelaktivem Atommüll lagern dort seit den 60er und 70er Jahren. Doch die Anlage, die für die Ewigkeit gedacht war, ist schon nach 40 Jahren derart marode, dass sie saniert werden muss. „Heute steht die Asse vor zwei großen Problemen“, schreibt das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) auf seiner Webseite nüchtern: „In das Bergwerk ist Salzlösung eingedrungen. Zugleich droht das Bergwerk einzustürzen.“ „Die eigentliche Herausforderung, vor der wir stehen, ist die sichere Schließung“, sagt deshalb BfS-Präsident Wolfram König.

Das Amt als untergeordnete Behörde des Umweltministeriums ist seit Anfang des Jahres für Asse zuständig. Und Minister Gabriel rechnet vor, was „die sichere Schließung“ kostet: „Seriöserweise muss man leider von einem Betrag jenseits der zwei Milliarden Euro ausgehen. Weitere 2,2 Milliarden fallen für das Endlager Morsleben an.“ Nicht nachvollziehbar: Zwischen 1967 und 1975 wurde nicht eine einzige Mark Gebühren

## Die Mär vom billigen Atomstrom

In Frankreich decken 59 Reaktoren rund 80 Prozent des französischen Strombedarfs. Strom müsste weit billiger sein als in Deutschland, wenn die Behauptung stimmt, dass Atomenergie billig ist: Dem ist aber nicht so, hat das Öko-Institut ermittelt. Was passiert nun, wenn in Deutschland die Laufzeiten verlängert werden?, fragten die Wissenschaftler des Instituts weiter. Ihr überraschendes Fazit: Dann wird der Strom sogar teurer, weil die Energieversorger keinen Grund haben, ihren Kraftwerkspark zu modernisieren.

Es bleibt alles beim Alten und damit bei der Abhängigkeit von Uran, Kohle, Öl und Gas, die seit Jahren immer teurer werden. Ein Ausstieg aus der Atomenergie führt „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ dazu, dass die Konzerne modernisieren und gegebenenfalls „dekarbonisieren“, sprich in Sonne, Wind und Geothermie investieren. Je mehr die Alternativen gefördert werden, desto schneller sind sie konkurrenzfähig – und sorgen für niedrigere Strompreise.

für die Einlagerung radioaktiver Abfälle in Asse erhoben. Und bis zum Ende der Einlagerung im Jahre 1978 mussten die AKW-Betreiber für ihren Atommüll lediglich umgerechnet 900000 Euro auf den Tisch legen. Die Zeche bezahlt der Bürger, die Gewinne kassieren die Energieversorger.

Bleibt die Frage, ob dies anders sein wird, wenn tatsächlich der Atomausstieg rückgängig gemacht werden sollte. Die Befürworter werben für die Laufzeitverlängerung mit dem Argument, Atomstrom sei billig. Die Deutsche Umwelthilfe kam zu einem völlig anderen Ergebnis. Der Verband hat die Stromtarife für private Haushalte mit Blick auf den Atomstromanteil untersucht und dabei festgestellt: „Deutsche Haushalte müssen statistisch umso mehr für ihren Strom bezahlen, je größer der Atomstromanteil im Strommix ihres Versorgers ist.“ Das Öko-Institut ist

dieser Frage im internationalen Vergleich nachgegangen und kam zur gleichen Einschätzung. Ja, mehr noch: Die Wissenschaftler des Instituts gehen davon aus, dass eine Laufzeitverlängerung sogar zu höheren Strompreisen führt (s. Kasten).

Warum also den bestehenden Ausstiegsbeschluss überhaupt in Frage stellen? Nach einer Umfrage des Meinungsinstituts Forsa wollen 66 Prozent aller Bürger am Atomausstieg festhalten oder ihn sogar beschleunigen. Während die Entscheidung darüber wohl erst nach der nächsten Wahl fällt, stimmen viele mit den Füßen ab: Seit der Pannenserie in Krümmel wechseln täglich 500 Kunden allein zum alternativen Stromanbieter LichtBlick. HORST HAMM

### DIE CASTOR-TOURNEE

- Berlin: 28. August
- Hamburg: 29. August
- Bremen: 31. August
- Hannover: 01. September
- Leipzig: 02. September
- Berlin: 05. September
- Köln: 09. September
- Mainz: 11. September
- Frankfurt: 12. September
- Stuttgart: 15. September
- München: 16. September
- Nürnberg: 17. September
- Münster: 19. September



Vor dem Brandenburger Tor zeigen die Atomkraftgegner Flagge.